

ZÜRCHER

FREISINN

Wir machen Zürich stark!

Wir setzen auf pragmatische Politik

Die FDP präsentiert tragfähige Lösungen und Ansätze auf nationaler und kantonaler Ebene zu den steigenden Gesundheitskosten, dem Trend zu höheren Staatsausgaben, dem angespannten Wohnungsmarkt und der Asylsituation, die unsere Gemeinden belasten. In dieser Ausgabe bieten wir unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, aber auch unseren Mitgliedern eine Plattform, um die zuvor erwähnten Themen anzugehen. Zudem erläutert Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh, wie Zürich zum Zentrum für KI werden soll, und JFZH-Vizepräsident, Benjamin Frei, gewährt uns einen Einblick in die vergangene Generalversammlung und spricht über die Wahl der neuen Präsidentin, Lea Sonderegger.

Seite 3–9

Zum Schluss:

Dankeswort von Alt-Nationalrätin Doris Fiala

Alt-Nationalrätin Doris Fiala verbrachte 16 Jahre im Nationalrat. Sie sendet ihre persönlichen Grüsse an Sie und dankt Ihnen für Ihre Unterstützung. Welche Wünsche sie für den Freisinn bei ihrem Abschied hat, erfahren Sie auf Seite 9.

Besuchen Sie den digitalen «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-freisinn.ch/ oder schauen Sie gleich hier rein!

Hier geht's zum digitalen «Zürcher Freisinn»:



Gemeinsam das Parteiprogramm schärfen!

Editorial von Filippo Leutenegger

Unsere inhaltliche Schwerpunktsetzung kommt voran. Die Parteiführung hat eine erste Auslegung gemacht, ein intensiver Austausch findet gegenwärtig auch mit den Orts- und Bezirksparteien statt. Ein wichtiges Thema ist das zunehmende Staatswachstum, das zu Lasten der KMU-Unternehmen und der Steuerzahlenden geht. Der Staat wächst seit geraumer Zeit kontinuierlich stärker als die Bevölkerung und es kann nicht sein, dass er mit höheren Löhnen und allerlei «Goodies» die Privatwirtschaft konkurrenziert.

Bereits lanciert sind die ÖV-Initiative (FDP) und die Mobilitätsinitiative (SVP), mit der wir Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen verhindern wollen. Bei Ersterer sind wir im Lead. Ziel beider Initiativen ist, Tempo 50 auf den Hauptachsen zu erhalten, insbesondere für den öffentlichen Verkehr, der sonst ausgebremst wird. Wir setzen uns für einen öffentlichen und privaten Verkehr auf den Hauptachsen ein, der fließen kann und nicht aufgrund der ideologischen Verkehrspolitik in den links-grünen Städten ausgebremst wird.

Unser Parteiprogramm werden wir gemeinsam am **Samstag, 14. September 2024**, schärfen und beschliessen. Als Gast dürfen wir unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter begrüßen. Reserviert gerne dieses Datum – ich freue mich auf den Austausch.



Filippo Leutenegger, Präsident FDP Kanton Zürich

Was beschäftigt die Zürcherinnen und Zürcher – und wie können wir ihnen mit liberalen Rezepten helfen? Wir bitten Sie um Unterstützung, um unsere Arbeit schlagkräftig und gemeinsam mit Ihnen weiter vorantreiben zu können.

Jetzt mit TWINT bezahlen!

QR-Code mit der TWINT App scannen



Konto / Zahlbar an
CH20 0900 0000 8001 6743 3
FDP.Die Liberalen Kanton Zürich
Tessinerplatz 7
8002 Zürich

Zusätzliche Informationen
Spende politische Aktivitäten

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10–12 Gesundheitsinitiativen
- 13 Kommunalwahlen im Tessin
- 14/15 FDP Frauen
- 16/17 FDP Basis
- 18/19 FDP Urban
- 20 KMU-Sicht
- 21 Solothurner Initiative 1:85
- 22 NZZ-Interview Thierry Burkart
- 23 Kolumne Johanna Gapany



Gesundheitsreformen unter der Lupe

Risiken und Nebenwirkungen

Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämienentlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämienentlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Andererseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt.

Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2x Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Unsere Parolen zu den Abstimmungen am 9. Juni

www.fdp-zh.ch/aktuelles/parolen

Prämien-Initiative

Kostenbremse-Initiative

Impfpflicht-Initiative

Stromgesetz



Nein



Nein



Nein



Ja

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

«Dörf's es bitzli meh si?»

Der Beginn des Frühlings schenkt den Menschen ein Lächeln ins Gesicht. Gleichzeitig herrscht in der politischen Landschaft eine düstere Stimmung. Trotz der Tatsache, dass die Einnahmen des Bundes in den vergangenen drei Jahrzehnten von gut 33 Milliarden auf 80 Milliarden Franken angestiegen sind, steht unser Land vor einem drängenden Ausgabenproblem, das einer Lösung bedarf.

Die Ausgaben für soziale Belange haben sich verdreifacht, während jene für die öffentliche Sicherheit stabil geblieben sind. Im Vergleich zu der Zeit vor 30 Jahren befinden wir uns nun in einer Ära, in der Krieg in Europa herrscht, dessen Ende noch nicht in Sicht ist. Dies zwingt uns dazu, unsere Prioritäten neu zu ordnen. Nach einem rasanten Ausbau des Sozialstaates ist es nun an der Zeit, eine Verschnaufpause einzulegen und die Ausgaben auf dem aktuellen Niveau zu stabilisieren. Das ermöglicht uns, die kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen für notwendige Investitionen in die Schweizer Armee zu nutzen.

Es ist nicht einmal notwendig, dass der Bund den Gürtel enger schnallt; es wäre bereits ein Gewinn, wenn der Gürtel nicht weiter gelockert würde. Doch die nächste Herausforderung kündigt sich bereits an: Diesen Juni werden wir über die SP-

Initiative abstimmen, die eine Erhöhung der Prämienverbilligung von derzeit 5,5 Milliarden auf 13,7 Milliarden Franken im Jahr 2030 vorsieht. Sollte sich die Stimmbevölkerung hinter die Initiative stellen, bedeutete dies eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte.

Darüber hinaus ist es bemerkenswert, wie rasch nach der Annahme der 13. AHV-Rente Forderungen nach neuen Steuern zur Finanzierung der AHV laut wurden. Wohlbemerkt: Von denselben Kreisen, die im Vorfeld der Abstimmung behaupteten, die AHV hätte gar kein Finanzierungsproblem.

Die erste Auszahlung einer zusätzlichen 13. AHV-Rente ist für das Jahr 2026 geplant. Statt kurzfristig einen weiteren direkten Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger zu vollziehen, sollte der Bundesrat die Zeit bis 2026 nutzen, um im Rahmen der bereits geplanten AHV-Reform eine Lösung für die Finanzierung der zusätzlichen Rente zu finden. Wie vor der Abstimmung versprochen, wird der Bundesrat in dieser Reform auch strukturelle Massnahmen in Erwägung ziehen müssen, anstatt einfach nur die Steuern zu erhöhen.

Der Bundesrat hat jedoch angekündigt, dass er die Lohnabgaben so schnell wie möglich erhöhen möchte. Das verteuert die Arbeit. Die Menschen,



Andri Silberschmidt

die täglich um 6 Uhr aufstehen und zur Arbeit gehen, würden einmal mehr belastet. Ich werde mich mit aller Kraft gegen diese Massnahme einsetzen.

Angesichts der astronomisch hohen Beträge, die mittlerweile im politischen Diskurs eine Rolle spielen, muss man sich fragen: Hat die Politik den Bezug zur Realität verloren?

Während vor einigen Jahren Millionenbeträge als hoch galten, überbieten sich die politischen Akteure heute regelmässig mit Forderungen in Milliardenhöhe – getreu dem Motto: «Dörf's es bitzli meh si?».

So kreativ neue Steuern auch gefordert werden mögen, am Ende werden es immer der Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sein, welche die Zeche zahlen müssen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat

Individuelle Prämienverbilligung (IPV): Gezielt bezugsberechtigte Personen unterstützen

Am 29. April 2019 erliess der Kantonsrat einstimmig ein neues Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KGV), das am 1. April 2020 in Kraft getreten ist. Die IPV wird über den Eigenanteil, die Referenzprämie und die maximale Bezügerquote gesteuert. Die Einführung des EG KVG bzw. die Systemumstellung stellt alle Beteiligten vor eine grosse Herausforderung. Die administrativen Kosten für die Auszahlung von IPV-Leistungen haben sich verdreifacht!

Da im neuen System für die Anspruchsberechtigung auf das aktuelle Steuerjahr abgestellt wird, soll das Geld auch bei jenen ankommen, die Bedarf haben. Gleichzeitig ist die Planungssicherheit für die anspruchsberechtigten Personen gesunken, weil der definitive Entscheid erst im Folgejahr erfolgt. Zwischen Antrag und definitivem Entscheid liegen bis zu 2½ Jahre. Im schlimmsten Fall bekommt man eine Rechnung und muss bereits erhaltene Leistungen zurückzahlen.

Im umgekehrten Fall geht es darum, Personen zu erreichen, deren finanzielle Situation sich gegenüber der aktuellsten definitiven Steuerverfügung verschlechtert hat und die keinen persönli-

chen Antrag erhalten haben. Persönliche Ereignisse, die nach dem Versand der Anträge eintreten, kennt die SVA Zürich nicht. Dies ist ein weiteres Problem. Aus diesen Gründen sind die Rücklaufquoten bei den Leuten aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückgegangen. Das sollte jedoch nicht der Fall sein, denn gerade diese Personen benötigen die Hilfe am dringendsten.

Wenn der Regierungsrat dann noch den Eigenanteilsatz nachträglich senkt, haben mehr Leute Anrecht auf Prämienverbilligung. Dadurch werden in einer zweiten Versandwelle IPV-Anträge an Personen mit einem Einkommen von weit über 100'000 Franken verschickt. Da muss man sich schon fragen, ob dies dann noch bedarfsgerecht ist.

Ich habe mit allen Parteien ausser der SVP (hat das Postulat aber nicht bekämpft) ein dringliches Postulat eingereicht mit folgenden Forderungen:

1. Wie kann der Prozess vereinfacht werden?
▶ Ziel: weniger Bürokratie
2. Erwägung zur Erhöhung der Referenzprämie
▶ Ziel: nur Personen entlasten, die in bescheidenen Verhältnissen leben



Martin Huber

3. Einkommensobergrenzen einführen
▶ Ziel: effizienterer Einsatz der Steuergelder

Die FDP will die Verantwortung gegenüber Personen aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen wahrnehmen und mit allen Mitteln gegen die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP kämpfen. Wir wollen nicht umverteilen, sondern Personen unterstützen, die trotz 100% Arbeitspensum wirtschaftlich schlecht dastehen.

Martin Huber, Kantonsrat

FDP Weiningen zur Situation im Asylbereich der Gemeinde

Seit der Bekanntgabe der neuen Asylquote von 1,6% ab 1. Juli 2024 herrscht Unruhe in der Gemeinde. Verschiedene Sitzungen unter den Präsidien der Nachbargemeinden als auch anderer Behörden im Bezirk haben stattgefunden. Die meisten Treffen wurden durch Weiningen initiiert, da wir auch nach der Auslegung eines ganzen Strausses von Szenarien noch keine valable Variante für die Unterbringung von weiteren 20 Asyl- und Schutzsuchenden ab Mitte Jahr gefunden haben.

Sollten wir es tatsächlich mit allen Anstrengungen schaffen, die Asylquote zu erfüllen, ist trotzdem absehbar, dass in mittlerer Frist mehrere temporäre Lösungen in Liegenschaften wegfallen, welche abgerissen oder umgebaut werden sollten. Die herausfordernde Kompensation dieser Unterbringungsplätze war schon ohne Kontingenterhöhung enorm belastend.

Weiningen ist nicht in der komfortablen Lage, viele Dutzende gemeindeeigene Wohnungen zu besitzen. Wir haben nur noch eine knappe Hand voll Bauparzellen und jede seriöse, langfristige Planung in Bezug auf die Unterbringung von Asyl- oder Schutzsuchenden wurde in den letzten



Mario Okle, Gemeindepräsident Weiningen

Jahren durch neue Quoten und den dafür notwendigen Provisorien über den Haufen geworfen. Der Unmut ist in vielen unserer Verwaltungsabteilungen spürbar. Dabei zeigte sich Weiningen bei der ersten Welle Schutzsuchender aus der Ukraine überaus solidarisch und wir hatten viele Private, die sich meldeten, und Nachbarschaftsgruppen, die bei der Einrichtung, bei der Einkleidung oder auch der Vermittlung der Schutzsuchenden mithalfen.

Seit sechs Monaten hat sich der Tenor markant geändert. Der Bereich Soziales, die Schule, die Werke sind in der Situation gefordert und öfters



Hans-Peter Stöckli, Parteipräsident FDP Weiningen

überfordert und fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Es kann nicht sein, dass es nur ein «Top Down»-Prinzip gibt, bei dem zuerst Bundesbern, dann der Kanton die Gemeinden anweist, was zu tun ist. Es muss ermittelt werden, was möglich ist zu tun. Daher möchten wir nebst der bestmöglichen Erfüllung der Asylquote auch die Gewissheit haben, dass auf den übergeordneten Staatsebenen Massnahmen zur Entlastung der Gemeinden getroffen werden: die Klärung des Schutzstatus S, der Abbau bei den Pendenzen im Asylbereich, Klärung der Gebundenheit der Ausgaben und die Unterstützung bei den personellen Ressourcen.

Liberales Wohnbaupolitik im Kantonsrat

Das Thema Wohnen bewegt, wie ein Blick in die Presse offenbart. Aber auch in Gesprächen mit unseren Mitgliedern zeigt sich, dass die Sorge um eine (bezahlbare) Wohnung oder um Mietzinserhöhungen viele beschäftigt. Ein Problem sehen vor allem jene, welche vor einer Weggabelung des Lebens stehen: z. B. Junge, die ihre Ausbildung abschliessen und nun ihre erste Wohnung suchen oder eine Familie gründen wollen, oder Ältere, die in eine kleinere Wohnung ziehen möchten.

Die Ursachen für die gegenwärtige Situation auf dem Wohnmarkt sind vielschichtig. Zürich ist attraktiv für Menschen aus aller Welt, die Ansprüche ans Wohnen sind gestiegen – und gleichzeitig entstehen zu wenige Wohnungen. Insbesondere in urbanen Zentren besteht ein Marktungleichgewicht.

Die politische Linke bewirtschaftet das Thema lautstark. Sie tut so, als würde nur sie sich um die Leute kümmern. Gemein ist ihren Vorschlägen – diverse Volksinitiativen sind eingereicht –, dass sie in erster Linie umverteilen wollen, mit Klassenkampf Investoren abschrecken und kaum zusätzliche Wohnungen schaffen. Und wenn, dann nur horrend teuer für ein paar wenige Glückliche.

Höchste Zeit also, um dem Vorurteil, dass sich nur die Linke um den Wohnungsmarkt kümmert, zu begegnen: Die FDP-Fraktion hat im Kantonsrat die Probleme auf dem Wohnungsmarkt längst

«Wir wollen effiziente und wirksame Lösungen und keinen Klassenkampf, der das Problem nur bewirtschaftet.»

erkannt. Deshalb engagieren wir uns stark für das Thema – auch wir kümmern uns um die Menschen. Aber wir wollen effiziente und wirksame Lösungen. So wollen wir beispielsweise vom Regierungsrat eine fundierte Auslegeordnung über die Wirksamkeit der verschiedenen Vorschläge von links und rechts. Bezeichnenderweise haben die Grünen diesen Vorstoss blockiert – offenbar haben sie Angst vor dem Urteil über ihre Vorschläge.

Gleichzeitig ist es der FDP-Fraktion aber auch wichtig, das Bauen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies aus der Einsicht, dass dies letztlich der wirksamste kantonale Beitrag zur Lösung der Wohnungsmarktprobleme ist.



V.l.: Kantonsräte Mario Senn, Sonja Rueff-Frenkel und Stephan Weber.

So fordern wir konkret:

- Mehr Tempo bei Baubewilligungen
- Anhebung Hochhausgrenze
- Weniger zeitraubende Sistierungen im Baubewilligungsverfahren
- Einfachere Bewilligungsverfahren bei Nutzungsänderungen
- Künstliche Intelligenz im Bewilligungsverfahren
- Weniger Bürokratie bei Solaranlagen

Ein noch grösserer Hebel liegt in der Bundespolitik, wo die Revision zur Lockerung des Lärmschutzes hängig ist. Die heutige Rechtslage ist absurd: Dank Komfortlüftungen bleiben die Fenster meist geschlossen. Trotzdem müssen die Lärmgrenzwerte bei offenen Fenstern eingehalten werden. Das soll sich ändern und blockierte Bauprojekte bewilligungsfähig machen.

Aus linker Optik können günstige Wohnungen nur mit Genossenschaften sowie mit Mietzinskontrollen erwirkt werden. Die Mietzinsdeckel nach § 49b PBG erfordern jedoch eine umfassende staatliche Kontrollbürokratie. Entsprechend sind linken Forderungen nach preisgünstigem Wohnraum, Vorkaufsrechten, Mietpreiskontrollen usw. unsere liberalen Rezepte gegenüberzustellen. Es liegt im ureigenen Interesse von privaten und institutionellen Bauherrschaften, flächen- und preis-effiziente Wohnbauten zu erstellen, dies ist attraktiv und nachhaltig. Der täglich wachsende Dschungel von Vorschriften und Richtlinien führt indes zu

einer masslosen Überregulierung mit Kostenfolgen. Wir wollen deshalb kostentreibenden Bauvorschriften und Verbandsrichtlinien den Kampf ansagen. Dadurch reduzieren sich Mieten aufgrund geringerer Investitionskosten automatisch, ohne dass mit einem staatlichen Kontrollapparat Renditen kontrolliert werden müssen. Denn eines muss man sich bewusst sein: Das Ungleichgewicht auf dem Wohnungsmarkt löst man bestimmt nicht, indem man Investoren Anreize für die Erstellung von Wohnraum nimmt.

Sonja Rueff-Frenkel, Kantonsrätin
Mario Senn und Stephan Weber, Kantonsrat

AGENDA

4. Juni: OP/BP Konferenz (Hybrid)

9. Juni: Eidgenössische Abstimmungen

22. Juni: Nationale Delegiertenversammlung (Aargau)

25. Juni: o. Delegiertenversammlung

14. September: Parteitag

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

Neue Steuerwerte für Liegenschaften

Bevor auf die Weisung des Regierungsrates an die Steuerbehörden über die Bewertung der Liegenschaften (Vermögenssteuerwert) und die Festsetzung der Eigenmietwerte (Einkommenssteuer) eingegangen wird, ist eine Vorbemerkung anzubringen.

Die Abschaffung des «Eigenmietwerts» wird auf Bundesebene seit längerem diskutiert, wobei der Kanton Zürich einer der wenigen Kantone ist, der sich dafür eingesetzt hat.

Die erwähnte Weisung befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Steuerliche Veränderungen sind ein emotionales Thema, und dies nicht nur bei Haus- bzw. Stockwerkeigentümer:innen und Eigentümer:innen von Geschäftsliegenschaften.

Wird die Weisung so umgesetzt, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, werden die Vermögenssteuerwerte für Einfamilienhäuser und Stockwerkeigentum im Durchschnitt um 50% und die Eigenmietwerte durchschnittlich um 10% steigen. Dies kann zu einschneidenden Auswirkungen auf das steuerbare Einkommen bzw. Vermögen führen.

Eine Überarbeitung der Weisung wurde nötig, da nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts der Kanton Zürich die Zielgrössen der Steuerwerte

in den vorgegebenen gesetzlichen Bandbreiten nicht mehr einhält. Die revidierte Weisung widerspiegelt den starken Anstieg der Immobilien im Kanton und speziell in der Stadt Zürich seit 2009.

Das beauftragte Büro Wüest Partner AG hat im bestehenden robusten System jeden einzelnen Parameter überprüft und wo nötig angepasst; die Systematik wurde übernommen. Unter der Prämisse, dass der Regierungsrat handeln muss, da sonst die Weisung 2009 von den Gerichten ungültig erklärt würde, sind die Anpassungen nachvollziehbar, auch wenn bei verschiedenen Parametern abweichende Werte wünschenswert wären.

Als Resultat der revidierten Weisung sind bei Kanton und Gemeinden je ca. 90 Millionen Franken Mehreinnahmen zu erwarten. Die FDP fordert, dass diese Mittel wieder an die Hauseigentümer/-innen zurückfliessen und nicht im allgemeinen Finanzhaushalt verschwinden sollen.

Ebenso fordert die FDP, dass der Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert wieder eingeführt werden soll. Ausgehend von den geplanten Erhöhungen kann dies in Einzelfällen dazu führen, dass sie ihren steuerlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können und ihr Wohneigentum ver-



Doris Meier

kaufen müssen. Dies gilt es aus sozialpolitischer Sicht zu verhindern.

Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien tun gut daran, die Steuerwerte für ihre Liegenschaft zu prüfen. Unter «Liegenschaftenneubewertung 2025» auf der Website des Kantons Zürich (www.zh.ch) sind alle relevanten Daten zu finden, welche für die Berechnung der veränderten Werte voraussichtlich ab Steuererklärung 2025 gelten werden.

Doris Meier, Kantonsrätin

Künstliche Intelligenz: Kanton Zürich stärkt Position als Innovationszentrum

Die KI-Revolution ist in vollem Gange. Sie transformiert unsere Gesellschaft im Eilzugstempo. Ob Gesundheit und Geld, Arbeit und Wohnen, ob parkieren, wandern, mailen oder das beste Hundefutter finden – vom Tiefgreifenden bis zum Trivialen wird alles von der künstlichen Intelligenz tangiert.

Eine so potente Technologie verändert sowohl unsere Wirtschaft als auch die Gesellschaft. Und birgt dadurch gewaltige Chancen. Denn die KI hat das Potenzial, grosse Produktivitätsgewinne zu erzeugen. Schon seit jeher schafft die Automatisierung von Repetition Raum für Innovation – was zu einer besseren Produktivität führt. Und von der Arbeitszeit über den Fachkräftemangel bis zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bringt mehr Produktivität massgebliche Verbesserungen für die Arbeitswelt.

Darum baut der Kanton Zürich seine Position als führender KI-Standort der Schweiz aus. Dazu setzt er seit rund zwei Jahren auf drei strategische Schwerpunkte, die sich nun auszahlen. So haben wir die Voraussetzungen für einen international

führenden KI-Cluster gelegt: In Oerlikon hat sich dank einem einzigartigen KI-Ökosystem mit kurzen Wegen zwischen Wirtschaft, Forschung und Verwaltung eine dynamische Branche rund um das ETH AI Center entwickelt. Von kleineren Start-ups und Spin-offs bis hin zu den grossen Technologie-Konzernen sind alle namhaften Unternehmen im Bereich KI in Zürich vertreten.

Dann hat der Kanton Zürich mit den sogenannten KI-Sandboxen eine Testumgebung für KI geschaffen, in denen die künstliche Intelligenz sicher und kontrolliert angewendet werden können. Diese virtuellen Spielwiesen haben wertvolle, praktische Erfahrungen geliefert, wie eine smarte Regulierung aussehen könnte.

Diese Frage ist auch entscheidend für die Akzeptanz der KI in der Bevölkerung. Wenn eine solche Technologie, die so intensiv auf unsere Gesellschaft wirkt, eingeführt wird, muss der wichtigste Stakeholder demokratisch mit an Bord sein: die Zürcherinnen und Zürcher. Deshalb haben wir den KI-Dialog einberufen. Seit bald zwei Jahren gehen



Carmen Walker Späh

wir vor Ort, in die Gemeindesäle, und ermöglichen den kritischen Austausch von Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der Bevölkerung. Diese Dialoge sind sehr erfolgreich und zeigen immer wieder, dass die Zürcher Bevölkerung die KI vor allem als Chance sehen. So wie ich.

**Carmen Walker Späh,
Volkswirtschaftsdirektorin**

Abbruch von Verkehrsinfrastrukturen aufhalten!

In wachsenden Städten braucht es leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung und zur hohen Lebensqualität der Bevölkerung. Unter den irreführenden Titeln «Gute-Luft-Initiative» und «Zukunftsinitiative» sollen diese jedoch in diversen Städten – auch in Winterthur – massiv abgebaut werden. Das ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll. Die FDP-Winterthur engagiert sich für eine Stadtbegrünung, die Klimaschutz und Lebensqualität vereint und deshalb für 4x NEIN zu den Stadtklima-Vorlagen.

Ökologisch unsinnig

Bis zum Jahr 2040 sollen in Winterthur 250 000 bis 300 000 m² intakter Strassenraum frühzeitig aufgerissen und durch Grünräume und Bäume ersetzt werden, eine Fläche von rund 21 000 Parkplätzen. Selbst der links-grün dominierte Stadtrat hält fest, dass die Vorlagen die Erreichung der städtischen Klimaziele gefährden und den Ausbau des Fernwärmenetzes verzögern. Die Baustellen müssten

verdrei- bis verzehnfacht werden. Die Stadt würde während 15 Jahren zu einer Grossbaustelle. Stau, Lärm und mehr CO₂-Belastung sowie die Vernichtung von massenweise grauer Energie wären die Folgen. Die Zufahrten für Anwohnende, Blaublichtorganisationen, Handwerker und auch der öffentliche Verkehr würden über Jahre massiv behindert.

Ökonomisch unsinnig

Mit dem Abbruch des intakten Strassenraumes würden 100 bis 300 Millionen Franken verpulvert und jährliche Folgekosten von rund 10 Millionen Franken ausgelöst. Eine erhöhte Schuldenwirtschaft wäre die Folge. Dieses Geld braucht die hochverschuldete Stadt Winterthur besser für Schulhäuser, Altersheime, den Ausbau des Fernwärmenetzes, Sportplätze etc. und für x-tausend Bäume an diesen Aufenthaltsorten.

Nachhaltige Lösungen

Initiativen und Gegenvorschläge verfolgen mit der Kühlung der Städte ein wichtiges Ziel, präsentieren



Romana Heuberger

jedoch unrealistische und vernunftwidrige Wege. Die FDP will keine Symbolpolitik gegen den motorisierten Individualverkehr, sondern echte Lösungen durch nachhaltige Veränderungen, z. B. eine verstärkte Ausnutzung der Spielräume bei regulären Bauprojekten, Entsiegelung von Parkplätzen und Strassen (ohne Beeinträchtigung der Funktion), Aufwertung von bestehenden Grünräumen, Einbezug neuer Areale etc. Mehr Infos unter www.stadtklima-perspektive.ch

Romana Heuberger,
Co-Fraktionspräsidentin FDP Stadt Winterthur

Stadtzürcher Podcast «Züri cha meh» diskutiert Aufstockungs- und Förderklasseninitiative

Lokal, kontrovers und munter unterwegs: Der neue Stadt-Podcast der FDP diskutiert aktuelle Themen der Stadt Zürich: so auch die Aufstockungsinitiative und die Förderklasseninitiative

Podcast

Ob im Tram, beim Kochen, beim Sporttreiben, in der Badi oder wann immer man Lust auf rund 15 bis 30 Minuten Stadtpolitik hat: In «Züri cha meh» diskutieren Vertreterinnen und Vertreter der FDP mit weiteren Gästen ein aktuelles Thema, das unsere Stadt und somit uns alle betrifft. Die Folgen sind auf allen Podcast-Plattformen zu finden: Spotify, Apple Podcast, Google Podcast und Youtube.

Aufstockungsinitiative

Die erste Episode «Mehr Wohnungen auf den Dächern Zürichs» behandelt die sich in der Unterschriftensammelphase befindende Aufstockungsinitiative.

Das Thema Wohnungsnot ist nicht neu: Der Wohnraum ist zu knapp und deshalb sind die Mieten zu hoch. Es müssen mehr Wohnungen her. Die Initiative fordert eine Änderung der gesetzlichen

Grundlage: Bestehende Bauten sollen kreativ und flexibel aufgestockt werden können. Dadurch sollen stabile Mietpreise, effiziente Flächennutzung, flexible Wohnflächen und attraktiver Wohnraum ohne Überbauung von Grünflächen geschaffen werden.

«Mehr Wohnraum durch Aufstockung – quartierverträglich und nachhaltig» ist die Zukunft der Stadtzürcher Wohnungsstrategie.

Förderklasseninitiative

In der 3. Podcast-Folge wird über die kantonale Förderklasseninitiative diskutiert, für welche das Komitee zurzeit Unterschriften sammelt.

Alle Kinder des Kantons Zürich mit besonderen Bedürfnissen oder Verhaltensauffälligkeiten sollen Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen haben und diese je nach Bedarf semesterweise oder auch länger besuchen können. Die Kinder sollen gemäss Lehrplan unterrichtet, gezielt gefördert und unterstützt werden, damit sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder die Regelklasse besuchen können. Die kantonale Volksinitiative «Für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern»



Përparim Avdili

führt zu mehr Ruhe im Klassenzimmer für alle, Stillung der persönlichen Bedürfnisse der Kinder, besserer Nutzung von Ressourcen und Vermeidung von Mehrkosten sowie zur Entwicklung des Klassegeistes dank Förderlehrpersonen.

Die FDP Stadt Zürich freut sich über jeden neuen Podcast-Hörer und jegliche Unterstützung der Aufstockungsinitiative und Förderklasseninitiative.

Përparim Avdili, Präsident FDP Stadt Zürich

Wohnungspolitik der Stadt Zürich wird immer grotesker – nächstes Beispiel: Areal Harsplen in Witikon

Der Eingriff der Stadt Zürich in den Wohnungsmarkt nimmt immer groteskere Züge an. Dass der Zürcher Gemeinderat fertige Wohnbauprojekte blockiert, nur weil es der links-grünen Mehrheit nicht gefällt, ist nicht neu, aber immer wieder erschreckend. So wurden zum Beispiel beim Neugasse-Areal in der Stadt Zürich 375 Wohnungen verhindert. Nun geht die Stadt aber zu vermehrten Käufen über – und erstellt genau denselben Wohnraum, der sowieso entstanden wäre. Neuste Episode: das Areal Harsplen in Zürich Witikon.

Hintergrund: Das eigentlich fertige und gute Projekt in Zürich Witikon

Die Swisscanto Anlagestiftung hat ein Konzept für die Überbauung des Gebietes Harsplen in Zürich-Witikon erarbeitet. Dies beinhaltete 370 dringend benötigte neue Wohnungen im mittleren Preissegment, mannigfaltige Sozialräume, eine Kita sowie viele neue Bäume. Für die Umsetzung des Vorhabens ist eine minimale Änderung der Bau- und Zonenordnung notwendig.

Links-grünes Powerplay im Gemeinderat – und keine einzige neue Wohnung wird geschafft

AL, die SP und die Grünen drohten aus rein ideologischen Gründen, die vom Stadtrat beantragte Umzonung zu verweigern. Swisscanto sah sich daher gezwungen, den BZO-Änderungsantrag über den Stadtrat zurückzuziehen. Kurz darauf liess dann die Stadt verkünden, dass sie das Gebiet für 211 Millionen CHF kauft – und das exakt gleiche Projekt auf dem Areal realisieren will, nur viel teurer.

1 Million CHF pro Wohnung – unsere Steuergelder

Dies lässt nur einen Schluss zu: Nur wer den links-grünen Parteien genehm ist, soll in Zürich noch bauen dürfen. Andernfalls wird blockiert und genötigt, bis die bauwillige Partei aufgibt. Damit nicht genug: Mit den 211 Millionen CHF ist noch keine einzige Wohnung gebaut. Dazu dürften weitere 150 bis 170 Millionen CHF für den Bau der möglichen 370 Wohnungen kommen – das gibt dann über 1 Million CHF pro Wohnung. Riesige Abschreiber von Steuergeldern drohen, um die Wohnungen gemeinnützig zu vermieten.



Claudio Zihlmann

Private Investoren werden zunehmend aus dem Markt verdrängt

Wir fordern den Stadtrat und die links-grüne Mehrheit auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass private Investoren weiterhin am Bauen von Wohnungen in der Stadt Zürich interessiert sind. Nur so kann das Ziel vermehrter Erstellung von Wohnungen erreicht werden – Bauen von Wohnungen für alle.

Claudio Zihlmann,
Kantonsrat & Präsident FDP Zürich 7+8

«Geniesst den Kapitalismus!» – Stabsübergabe beim Jungfreisinn

Für einmal war es weder der nüchterne Konferenzraum eines Unternehmens noch ein verlumptes «Säli» eines Restaurants, das für die Generalversammlung der Jungfreisinnigen Kanton Zürich erhalten musste. Die GV der JFZH fand dieses Jahr im Club Plaza statt. Neben der angesehenen Location hatte es auch die Traktandenliste in sich. Es wurden mehrere Vorstandspositionen neu besetzt, darunter das Präsidium, das Luis Deplazes nach drei Jahren abgab.

Zeit für einen kurzen Rückblick. Während seiner Amtszeit setzte sich der gebürtige Hinwiler an vorderster Front gegen die Herabsetzung des Stimmrechtsalters und gegen die Ausweitung der Elternzeit im Kanton Zürich ein. Für das Mega-Projekt der Jungfreisinnigen in den letzten Jahren, der Renteninitiative, machte sich Luis im Kanton stark. Auch wenn national der Ausgang der Abstimmung über eine Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung enttäuschend war, gab es trotzdem noch einen Lichtblick: Der Kanton Zü-

rich durfte national die höchste Zustimmung zur Initiative verzeichnen. Der gerechte Lohn für die vielen Stunden Arbeit auf der Strasse und auch hinter den Kulissen. Zu Luis' letztem grossen Höhepunkt gehörten die Nationalratswahlen letzten Herbst. Er führte die Liste der Jungfreisinnigen an und belegte auch nach Auszählen aller Stimmen den ersten Platz.

Nach zweieinhalb Stunden Versammlung zeigte sich das Präsidium knapp 10 Jahre jünger. Die erst 20-jährige Lea Sonderegger aus Dietikon wurde von der Generalversammlung einstimmig zur Präsidentin der JFZH gewählt. Die Biomedizin-Studentin und Gemeinderätin aus Dietikon möchte mit den Jungfreisinnigen dem Kanton Zürich den liberalen Stempel aufdrücken, beispielsweise mit einer Volksinitiative.

Nochmals zurück zur Generalversammlung ins «Plaza». Luis hielt als letzte Amtshandlung eine Rede über die Lage der Gesellschaft. Es sei absurd, wenn Menschen, die stolz mit den neusten Mar-



Benjamin Frei

V.l.: Lea Sonderegger und
Luis Deplazes

kenschuhen durch die Strassen laufen und die modernsten amerikanischen Technikprodukte haben, andere versuchen, von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen. Liberalismus heisse das Recht auf Leben, Unversehrtheit, freie Märkte, Wettbewerb und Privateigentum. Mit auf den Weg gab er den über 100 Anwesenden das Motto «Enjoy Capitalism – geniesst den Kapitalismus!».

Benjamin Frei,
Vizepräsident Jungfreisinnige Kanton Zürich

Aus der Fraktion: Heute brauchen wir den Freisinn mehr denn je

Das erste Quartal 2024 ist hinter uns und hatte mit dem Abstimmungswochenende vom 3. März 2024 seinen Höhepunkt. Dabei wurden gleich drei kantonale Vorlagen vom Volk abgesehen, an denen die FDP massgeblich beteiligt war. Der Gegenvorschlag zur Chaoten-Initiative wurde in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit von unseren drei Mitgliedern, Angie Romero, Dieter Kläy und Mario Senn, so verändert, dass die Vorlage einerseits weiterhin scharfe Ansätze gegen Chaoten hat, gleichzeitig zügig umsetzbar ist und mehrheitsfähig wurde. Mit den Pistenverlängerungen für den Flughafen Zürich und der Ablehnung eines durchgehenden Seeuferwegs hat unsere Regierungsrätin Carmen Walker Späh an vorderster Front für das gekämpft, wofür die FDP Fraktion steht: einen starken Wirtschaftsstandort Zürich und Eigentumsrechte als höchstes Gut unseres Zusammenlebens.

Im Kanton Zürich bewegen uns aber zwei neue Themen, die unsere volle Aufmerksamkeit verlan-

gen: Mit der angekündigten Erhöhung der Aufnahmequote von Flüchtlingen und Schutzsuchenden auf 1,6 Prozent per 1. Juli 2024 wird ein neuer Höchststand erreicht. Damit sind die Gemeinden bei der Unterbringung und Betreuung dieser Menschen über die Massen gefordert und nun ist die Schmerzgrenze für die Gemeinden erreicht. Sie stossen in räumlicher, zeitlicher, personeller und finanzieller Hinsicht an ihre Grenze. Wir sind daran, Lösungen zu erarbeiten und den Druck auf Bern und Bundesrat Jans zu erhöhen. Es braucht dringend Klärung des Schutzstatus S, und der Ausnutzung dessen muss endlich ein Riegel geschoben werden.

Spitalfinanzierung im Kanton Zürich: Viele Zürcher Spitäler sind in einer schwierigen finanziellen Situation. Seit langer Zeit warnt die FDP vor diesem Szenario und viele FDP-Exponenten engagieren sich persönlich, um die Existenz der Zürcher Spitäler zu sichern. Mit der scheinbar unbeschränkten finanziellen Unterstützung soge-



André Müller

nannter systemrelevanter Spitäler wird der Wettbewerb unter den Spitalern aber zum Teil ausgehebelt. Die FDP sieht den Wettbewerb als unabdingbar, um eine nachhaltig effiziente und bezahlbare Gesundheitsversorgung zu garantieren.

Die FDP Fraktion bleibt dran. Wir werden weiterhin entschieden für unsere liberalen Ideen eintreten und dabei stets tragfähige Lösungen im Blick behalten. Wir sind jeden Montag in der Bullinger Kirche. Kommen Sie uns mal besuchen und hören Sie uns beim Arbeiten zu. Wir würden uns freuen!

André Müller, Fraktionspräsident

Ein nicht ganz unkritisches, aber aus Zeitgründen nicht gehaltenes Dankeswort

Anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP Kanton Zürich vom 9. April 2024

Liebe freisinnige Freundinnen und Freunde
Geschätzte Anwesende

Der Freisinn ist meine Gesinnungsheimat. Ihr alle seid deshalb Teil meiner Heimat.

Dass es jene nicht ganz leicht haben, die Selbstverantwortung immer noch auf ihre Fahne schreiben, ist wohl unbestritten. Auch im Kanton Zürich, wo die sogenannten Aufrechten, «die Impfgegner- und Trychlerfraktion», die mit Verschwörungstheorien Angst schüren und die Linke weiterhin der Meinung ist, der Staat sei ein «Selbstbedienungsladen», braucht es die Partei der «Freiheit und Verantwortung» immer noch, ich behaupte sogar mehr denn je!

Deshalb: Gewinnen wir die Themenführerschaft für brennende Herausforderungen! Beispielsweise indem wir Themen wie die Europa-Frage und die Zuwanderung genauso wie die Energiepolitik und das Gesundheitswesen mutig debattieren und uns klar positionieren:

Wir müssen die Ursachen und weniger die Symptome jener Herausforderungen ansprechen, welche unsere Mitmenschen bewegen!

Mit der Renteninitiative haben wir das gelebt: Rund 25,3% der Schweizer Bevölkerung hat uns Recht gegeben. Das ist weit mehr als unser Wähleranteil in der Stimmbewölkerung! Ähnlich war es auch bei der von mir lancierten Verbandsbeschwerderechts-Initiative, welche die Stimmberechtigten im November 2008 mit 34% mitgetragen haben. Dieses Thema ist heute im Gesamtkontext der Energieknappheit bedeutungsvoller als noch vor 16 Jahren. Selbstkritisch füge ich dem hinzu: «Auch wer zu früh kommt, bestraft allenfalls das Leben!»

Geschenke verteilen, wie das teilweise die Linke praktiziert, ist in der Tat einfacher, als Selbstverantwortung anzusprechen und zu leben.

In diesem Sinne bleibe ich der FDP weiterhin dankbar verbunden und bin sicher, dass unsere Parteispitze alles mitbringt, was es für diese anspruchsvolle Aufgabe braucht!

Debattieren und politisieren wir beherzt weiter, ganz nach dem Grundsatz: «Fakten sind heilig, Meinungen sind frei!»



Doris Fiala

Allen voran danke ich unserer Geschäftsstelle der Kantonalpartei, unserer verlässlichen und kompetenten ehemaligen Geschäftsleiterin Kathrin Puhani und ihrem Team für ihren unermüdlichen Einsatz, für den grossen politischen und organisatorischen Elan, ihre treue Verbundenheit zugunsten von uns allen und zugunsten des Freisinns überhaupt! Sie sind meist nicht öffentlich sichtbar, aber unverzichtbar wichtig. Danke Filippo! Danke Raffaella! Danke Matthias! Danke Ihnen allen!

Bleiben Sie gesund und freisinnig. Segeln wir weiterhin gemeinsam hart am Wind: Mehr geht wohl nicht – weniger aber auch nicht.

**Doris Fiala,
Alt-Nationalrätin**

Nein zur Kostenbremse-Initiative

Kampagnenbild des Komitees «2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen».



Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle.»



Damian Müller, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Symbolbild: Adobe Stock



Gigantische Kostenbombe für den Mittelstand

Nein zur Prämien-Initiative

Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-

te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)



Symbolbild: Adobe Stock

FDP

Die Liberalen

2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

Felix Gutzwiller erklärt warum

Am 9. Juni

2x NEIN
zur Kostenbremse-
und Prämien-Initiative

Zum
Video



Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen



Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.



Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.



Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Tessiner Kantonswappen am Kantonsparlament Palazzo delle Orsolino in Bellinzona. Bild: Adobe Stock



Trotz neuer Konkurrenz

FDP behält Oberhand

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den

Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Wahlplakat des PLR Ticino, 2023.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

Die FDP Frauen vs Die Mitte

Der grosse Kampf um eine gerechte Besteuerung!

Am 7. September 2022 wurde die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz lancierte Initiative für die Individualbesteuerung («IIB») und somit für eine zivilstandsneutrale Besteuerung eingereicht. Die Individualbesteuerung würde mitunter zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe führen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat bereits einen indirekten Gegenvorschlag zur IIB ausgearbeitet. Die IIB und der indirekte Gegenvorschlag werden derzeit in den nationalen Räten beraten.



Die Mitte

BLAH BLAH BLAH

Jetzt doppelt aber die Mitte mit einer eigenen Initiative zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe nach.

Bei ihrem Vorgehen werden verheiratete Paare weiter bevorzugt und Konkubinatspaare und Patchworkfamilien hätten das Nachsehen.

OOOPS!

Ein Beispiel...
Josy und Paul leben im Einverdienermodell. Sie arbeitet, er schaut zuhause nach dem Rechten.

Josy verdient CHF 150'000. Beim Splittingmodell der Mitte würde für den anwendbaren Steuertarif die Hälfte des Einkommens berücksichtigt werden.

BOSS!

Ist sie verheiratet, versteuert sie ihr Einkommen für die Bundessteuer zu 0.5%. Unverheiratet wären es 3.4%.

HUH?!
OOOPS!
WHAT?

Die Heirat macht also einen Unterschied von ca. CHF 5'000 bei der Bundessteuer.



Jetzt die Individualbesteuerung unterstützen!

Werde Teil unseres Unterstützungskomitees!

Mehr Informationen unter www.fdp-frauen.ch oder www.individualbesteuerung.ch
 Autorinnen: Florence Pärli und Flavia Aebli



Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemeininn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



Georg Simmen, Landrat Kanton Uri

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



Muriel Frei, Vorstandsmitglied, Kommunikationsverantwortliche Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»



Bild: Michel Lüthi/bilderwerft.ch

Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen zusammen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich. Bild: FDP Urban



Die Städte als «Zünglein an der Waage»

Libérale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Einen Stock höher bauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

«Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Einen Stock höher». Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Einen Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren

auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.



Beat Habegger & Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP:
www.fdp.ch/wohnung

Die Petition «Einen Stock höher» unterschreiben:
www.einen-stock-hoeher.ch

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

www.fdp-urban.ch

Symbolbild: Adobe Stock



Rahmenbedingungen für innovative KMU

Interview mit Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger, Nationalrätin für den Kanton Baselland und Vizepräsidentin der FDP.Die Liberalen-Fraktion sowie Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), spricht über die aktuellen Herausforderungen und Chancen für die Schweizer KMU.

Wie steht es um die KMU in der Schweiz?

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten die Schweizer Wirtschaft am Leben und sind ein entscheidender Faktor für unseren Wohlstand. Sie bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die rund 550 000 KMU mit 1 bis 250 Beschäftigten geben über 3 Millionen Menschen Arbeit – also mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten bilden die KMU einen unverzichtbaren Puffer. Dank ihrer Innovationskraft und Flexibilität konnte unser Land bereits verschiedene Krisen meistern.



Daniela Schneeberger im Gespräch mit Beat Walti und Karin Keller-Sutter. Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Welche Herausforderungen müssen Schweizer KMU aktuell meistern?

Die grösste Herausforderung ist nach wie vor eine zunehmende überbordende Regulierung. Die administrative Belastung unserer Betriebe ist viel zu gross und verursacht jährliche Kosten von rund 70 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Ein Dauerthema für KMU ist die Berufsbildung. Diese muss gegenüber der akademischen Bildung weiter gestärkt werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen für KMU weitere, nicht unwesentliche Herausforderungen dar.

Wie kann sich die FDP.Die Liberalen für die KMU einsetzen?

Die FDP kämpft für eine Entlastung unserer Unternehmen. So setzen wir uns beispielsweise für eine einfachere Lohnadministration und die Liberalisierung der Arbeitsvorschriften ein. Ich meine, wir sollten auch den Mut haben praxisfremde und administrativ aufwendige Gesetze zu eliminieren. Derzeit aktuelle Themen sind Sammelklagen, die zu Ungunsten der Unternehmen eingereicht werden, oder die drohende Übernahme des EU-Gewährleistungsrechts.

«Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.»

Welche Anliegen der KMU konnten Sie bereits im Parlament erfolgreich durchsetzen?

Die Modernisierung des Arbeitsrechts an die heutigen und absehbaren Realitäten ist im Gang. Beispiele sind, dass Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein sollen oder generell mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice. Beides sind Vorstösse aus der FDP-Fraktion. Das Zollverfahren wurde modernisiert und die Industriezölle wurden abgeschafft.

Wie gross ist die Problematik des Fachkräftemangels, wie kann man dem entgegenwirken?

Es wird zunehmend schwieriger, Ingenieure, Informatiker und Fachleute im Gesundheitswesen und in der Gastronomie zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die entsprechenden Bildungswege in unserem Land fördern. Unser duales Berufsbildungssystem bietet hier gute Chancen. Der Weg der dualen Berufsbildung ist zu stärken, und zwar auch auf dem Weiterbildungsweg.

Welche Rahmenbedingungen braucht es für KMU, damit sie innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen?

Es braucht einen unkomplizierten Zugang zu Investitionskapital, eine moderne Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und interessante steuerliche Rahmenbedingungen. Und auch hier muss der Grundsatz gelten: Gestalten statt verwalten. Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.



Severin Thoma, Praktikant im Generalsekretariat

Bild: FDP Solothurn



Engagement gegen Bürokratie-Ausbau

Die 1:85 Initiative im Rückblick

Im März 2024 entschied das Solothurner Stimmvolk über die «1:85-Initiative» der Freisinnigen. Damit hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten.

Sabrina: Während der Corona-Epidemie wurden in unserer Verwaltung viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

Stefan: Wir schauten die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen waren wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen, fanden wir plausibel, gibt es da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.



Einreichung der Volksinitiative vor dem Solothurner Rathaus. Bild: FDP Solothurn

Sabrina: Auf 85 Einwohnende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, vier Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

Stefan: Wir wollten mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer stets wächst, ist kein Naturgesetz.

Sabrina: Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-Links wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden. Eine Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats zog es vor, ohne Schranken «weiterzuwursteln» – die Aufweichung der Schuldenbremse lässt grüssen – und den Staatsapparat aufzublähen. Im Abstimmungskampf setzen wir bewusst auf ein etwas polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel». Dies brachte uns Kritik, aber auch viel Zustimmung ein.

Stefan: Unsere Gegner operierten vor allem mit Angst und einem drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen. Dies, obwohl in den kommenden

«Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.»

Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten verdingt dieses Angstargument.

Sabrina: Rückblickend versuchten wir wohl etwas zu wenig, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären.

Stefan: Wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird, ist die Tendenz beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, unserem Staat Sorge tragen und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.



Sabrina Weisskopf-Kronenberg, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen SO



Stefan Nünlist, Kantonsrat und Kantonalpräsident FDP.Die Liberalen SO

Thierry Burkart im Interview. Bild: FDP Schweiz



«Ich bin nicht bereit, unsere Seele für kurzfristige Gewinne zu opfern.»

Thierry Burkart im Interview

«Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land.»

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen. Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt. Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

Gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Verpasse nie wieder spannende Updates!

Jetzt dem WhatsApp-Kanal der FDP Schweiz beitreten



Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Prämien-Initiative



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Impfpflicht-Initiative



JA

Stromgesetz (Mantelerlass)